Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 218. Sonnabend den 6. August 1887. 81. Jahrgang

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 7. August,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 31. Stück des diesjährigen **Reichsgesetzblattes** ist bei uns eingegangen und wird bis **zum 29. dss. Mts.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1742. Bekanntmachung, betreffend Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter. Vom 26. Juli 1887.

Leipzig, den 3. August 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Krumbiegel.

Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter **günstigen** Bedingungen.
Leipzig, den 20. Januar 1887.

Die Sparcassen-Deputation.

Bekanntmachung.

In Folge der Höherlegung des

Schleußiger Wegs

wird derselbe auf der Strecke zwischen der Kopfwehrbrücke und der Schleußiger Brücke

von Montag, den 8. August d. J. ab
bis auf Weiteres
für allen unbefugten Fahrverkehr

gesperrt.

Während der Dauer dieser Sperrung wird der Fahrverkehr auf den von der Plagwitzer Straße durch das Nonnenholz nach der Connewitzer Linie führenden Fahrweg, bez. über Plagwitz verwiesen.

Leipzig, am 29. Juli 1887.

Die Königl. Amtshauptmannschaft.
Dr. Platzmann.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 5192. Dr. Tröndlin. Hennig.

Bekanntmachung.

II. Fortbildungsschule für Knaben.

Wegen baulicher Herstellungen im Gebäude der V. Bürgerschule kann der Unterricht in der **II. Fortbildungsschule für Knaben** erst **Montag, den 15. August,** wieder beginnen.

Leipzig, am 30. Juli 1887.

Der Schulausschuß der Stadt Leipzig.
Dr. Schmid. Lehnert.

Bekanntmachung.

Montag, den 8. August d. J., soll mit dem Schleußenbau längs der Ostfront des Roßplatzes begonnen werden.

Es wird daher **die längs der Ostfront des Roßplatzes hinführende Straße**

von Montag, den 8. d. Mon., ab

auf die Dauer der Arbeiten **für allen unbefugten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, den 2. August 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 5081. Dr. Tröndlin. Hennig.

Bekanntmachung.

Wegen Asphaltirung des

Barfußgäßchens

wird dasselbe

von Freitag, den 5. ds. Mts. ab

auf die Dauer der Arbeiten

für allen unbefugten Fahrverkehr gesperrt.

Leipzig, am 3. August 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX 5192. Dr. Tröndlin. Hennig.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Localitäten bleibt

das Aichamt

Dienstag, den 9. und Mittwoch, den 10. d. M. geschlossen.

Leipzig, den 4. August 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Hennig.

Nichtamtlicher Theil.

Das Parteiwesen, eine Krankheit der Deutschen.

III.

* Wir haben die große Zahl der politischen Parteien als ein Unheil für das deutsche Reich bezeichnet und nachgewiesen, daß einzelne Parteien im deutschen Reiche wie in seinem Parlamente durchaus kein Recht zu beanspruchen haben, auch nur zu existiren. Die Socialdemokraten sind keine deutsche Partei, sie bezeichnen sich ja selbst gern als „international", und ihnen gegenüber hat sich ja auch die übergroße Mehrheit der Nation bereits einig gezeigt, ihre Bestrebungen als verbrecherisch gebrandmarkt und deren Förderung gesetzlich verboten. Ebensowenig sind die Ultramontanen eine deutsche Partei. Auch sie sind als politische Partei zu bekämpfen bis zur Vernichtung. Während wir aber im großen Ganzen die anderen Parteien geschlossen Front machen sehen gegen die Socialdemokraten, ist dieselbe Einigkeit gegenüber den Ultramontanen leider nicht vorhanden, ja was noch schlimmer ist, von mancher Seite sind die Centrumsleute bei den Wahlen als bündnißfähig angesehen und in dem Streite der Conservativen und Liberalen als ausschlaggebend von der einen Seite gegen die andere zu Hülfe gerufen worden. Soll es besser werden mit unseren innerpolitischen Verhältnissen, so dürfen derartige, wenn auch nur vorübergehende Bündnisse schlechthin nicht mehr vorkommen. Liberale und Conservative müssen dahin kommen, daß sie die ultramontane Hülfe, selbst wenn sie ihnen ohne ihr Zuthun freiwillig angeboten wird, einfach ablehnen, als etwas Undeutsches; sie müssen lernen, auch im politischen Kampfe, auch im Wahlkampfe, sich als Brüder anzusehen, welche, wenn auch auf verschiedenen Wegen, stets dasselbe Ziel, die Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes, im Auge behalten. Von diesem Ziele will der Ultramontanismus so wenig wissen wie die Socialdemokratie, beide wollen bei einem „Bruderzwist" unter den anderen Parteien für ihre dunklen Zwecke profitiren, beide sind also für immer zurückzuweisen. — Es ist wohl kaum nöthig, zu sagen, daß dasselbe gegen die „Polen" gilt. Zu unserer Genugthuung dürfen wir constatiren, daß sich hier — ganz vereinzelte Ausnahmen abgerechnet — die erforderliche Einigkeit auch gezeigt und immer mehr erfolgreich bewährt hat.

Es würden demnach noch vier Parteien übrig bleiben: Deutsch-Conservative, Deutsche Reichspartei, Nationalliberale und Deutsch-Freisinnige. Wenn wir uns die vier Bezeichnungen ansehen, so fällt zunächst ins Auge, daß alle vier Parteien sich ausdrücklich als Deutsch bezeichnen, oder was hier dasselbe besagt, als national. Man weiß nicht recht, ob man darüber Genugthuung empfinden soll oder nicht. Jedenfalls wird man zugeben müssen, daß wir in keinem anderen Staate mit constitutionellen Einrichtungen etwas Analoges finden. In England, in Frankreich und in Italien hält man es für selbstverständlich, daß es dort nur englische, französische bezw. italienische Parteien giebt. Aber es sollte bei uns vielleicht ein besonderer Werth auf die Hervorhebung des „Deutschen" gelegt werden gegenüber den undeutschen oder gar antideutschen Parteien, welche doch einmal leider thatsächlich vorhanden sind, gegenüber den Socialdemokraten, Ultramontanen, Demokraten, Polen, Elsässern, Welfen u. s. w., und von diesem Standpuncte aus wird man die Beweggründe billigen können. Uebrigens müssen wir in Bezug auf die nationalliberale Partei hervorheben, daß für sie der Name jedenfalls historisch gerechtfertigt ist. Sie ist älter als der deutsche Reichstag und hat unter Rudolf von Bennigsen's Führung lange vor allen anderen Parteien die deutsche Einigung unter preußischer Führung erstrebt.

Aber daß die vier genannten Parteien sich officiell als deutsche bezeichnen, ist jedenfalls sachlich begründet. Sie sind deutsche Parteien, welche — das gestehen wir auch den „Freisinnigen" trotz ihrer großen politischen Fehler zu — die Förderung des deutschen Reiches, dessen Glanz, Macht und Größe, dessen gedeihliche Entwickelung erstreben. Also in diesem Puncte, und das ist doch gewiß der erste und wichtigste, sind die vier Parteien einig. Sollte es nicht möglich sein, wenn wir die trennenden und unterscheidenden Momente suchen und finden, bei leidenschaftsloser Prüfung auch den ihnen mehr und mehr fortzuschaffen, so daß, wenn auch nicht eine völlige Verschmelzung, so doch eine größere Annäherung, eine minder heftige Befehdung unter einander, wenigstens im Laufe der Zeit, zu erreichen wäre? Man wird diese Forderung zunächst vielleicht als zu idealistisch, als unpraktisch bezeichnen, aber wir meinen, auch wenn man schrittweise vorwärts kommen will, ist es nicht unpraktisch, ein ideales Ziel im Auge zu behalten, und wenn man einmal zugiebt — was wohl allseitig der Fall ist — daß die große Zahl unserer Parteien ein Unglück ist, dann muß man auch mit Ernst und Eifer auf Abstellung dieses unseres nationalen Fehlers bedacht sein. Wir maßen uns keineswegs an, hier den richtigen Weg allein finden zu können, wir halten es schon für verdienstvoll, diese unserer Ansicht nach brennende Frage zur Discussion zu stellen und werden uns von anderer Seite gern belehren lassen. Wir wollten nur eine Anregung gegeben haben.

Wenn wir also die Bezeichnung und Hervorhebung des Deutschen als selbstverständlich nicht in Betracht ziehen, so stehen die Gegensätze Liberal und Conservativ einander gegenüber. Um es vorweg zu sagen, wir halten diese keineswegs für so feindlich wie Feuer und Wasser; es sind das keine absoluten Begriffe, welche sich nicht überbrücken ließen. Aber dieser Aufgabe wollen wir uns zunächst nicht unterziehen, es giebt näher Liegendes. Die Reichspartei führt im preußischen Abgeordnetenhause die Bezeichnung „Freiconservativ". Die Herren haben sich selbst diesen Parteinamen beigelegt, sie wollten selbst ausdrücken, daß sie nicht in die vorhandene Parteischablone hineinpassen, daß sie sich ebenso nahe den Conservativen wie den Liberalen fühlen, daß sie gemäßigt conservativ und gemäßigt liberal sein wollen, daß sie aber gleich weit entfernt sind von den Extremen auf der rechten und auf der linken Seite. Wir kommen später zur Klarlegung des Standpunctes der Nationalliberalen, aber das scheint uns doch vorher bereits klar zu liegen, daß die politische Stellungnahme der Reichspartei sich als die von Leuten charakterisiren läßt, welche praktische Politik treiben wollen, von Männern, welche nicht, wenn ein trivialer Ausdruck gestattet ist, mit dem Kopf durch die Wand rennen wollen, welche das Mögliche erreichen wollen und sich darum die Aufgabe stellen, zwischen rechts und links zu vermitteln. Finden wir denn aber nicht in diesem — löblicherweise nicht gedruckt formulirten — „Programm" sehr viele Puncte, welche ganz ebenso die Nationalliberalen in jedem Augenblick ebenfalls unterschreiben und bethätigen? Hier, wo die thatsächliche Verwandtschaft so offen, sollte es wirklich so schwer sein, die Uebereinstimmung auch zu bekennen?

Gewiß steht die Reichspartei ihren Grundanschauungen nach auf conservativem Boden, aber sie erkennt doch rückhaltslos an, daß die Resultate der modernen nationalen Bildung im Staatsleben Berücksichtigung zu beanspruchen haben, sie sind damit einverstanden, daß das lebende Geschlecht nach seinem Bedürfniß und nach seiner freien Einsicht die überlieferten Einrichtungen des Staates umgestaltet und fortbildet. Kurz, sie sind grundsätzlich einer Vermittelung mit den Forderungen des Liberalismus geneigt. Nun denn, die Nationalliberalen dürfte wohl schwerlich Jemand zu den extremen Theoretikern zählen wollen — also kann es unseres Erachtens auch nicht so schwer halten, die Uebereinstimmung der politischen Ansichten, welche auf beiden Seiten vorhanden, auch beiden zum Bewußtsein zu bringen.

Leipzig, 6. August 1887.

* Der rege Verkehr, den der preußische Gesandte bei der Curie, v. Schlözer, während seines Wiener Aufenthaltes mit dem dortigen päpstlichen Nuntius Galimberti unterhalten, ist zwar vorwiegend auf die persönlichen freundschaftlichen Beziehungen zurückzuführen, welche die beiden Staatsmänner schon seit mehreren Jahren verbinden, aber es ist nicht unwahrscheinlich, daß bei dieser Gelegenheit auch noch manch Anderes zur Sprache gebracht worden ist. Herr von Schlözer gedenkt sich in Berlin nur kurze Zeit aufzuhalten und sich alsbald zum Besuch seiner Verwandten nach Lübeck zu begeben. Erst vor seiner Rückkehr nach Rom dürfte er in Berlin einen längeren Aufenthalt nehmen.

* Das Ostseegeschwader tritt am Sonnabend in Kiel zusammen, und es schifft sich an diesem Tage der Commodore, Capitain zur See Deinhard, am Bord des „Friedrich Karl" ein. Am Montag, den 8. August, geht das Geschwader zusammen mit dem Schulgeschwader nach Danzig, verbleibt dort bis zum 14. August, um alsdann zusammen mit dem ganzen Manövergeschwader die dortige Rhede zu verlassen und zunächst nach Memel zu gehen.

* Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Falckenberg, welcher den zweiten Bromberger Wahlkreis vertrat, ist, wie gemeldet, am 1. August d. J. gestorben.

Herr Falckenberg hat dem Reichstag erst seit der letzten Session angehört. Bei den Wahlen vom 21. Februar hatte er, wie in einer Correspondenz der „Allgemeinen Zeitung" ausgeführt wird, den Polen Grafen v. Skorzewski-Lubstrzen aus dem Felde geschlagen, der dem Reichstag seit dem Jahre 1871 mit mehreren Unterbrechungen angehört hatte. In seinem Wahlkreis der Provinz Posen sind die Chancen für den deutschen und den polnischen Candidaten so gleich wie in Wirsitz-Schubin, wo der Sieg des einen oder des andern stets mit höchstens zweihundert Stimmen Majorität erlangt wurde. Auch am 21. Februar siegten die Deutschen nur mit einer Majorität von 288 Stimmen über die Polen, welche auf diese Niederlage nicht vorbereitet waren, welche sie auch sehr schwer traf. Sie haben auch gegen die Wahl des Herrn Falckenberg Proteste an den Reichstag geschickt und diesen so mannigfaches Material beigegeben, daß die Wahlprüfungscommissionen auf Grund desselben zu einer Beanstandung der Wahl kam und bei der preußischen Regierung die Anstellung von Erhebungen über die in den Proteten behaupteten Unregelmäßigkeiten beantragte. Der Reichstag hat über diese Wahlprüfung einen Beschluß nicht mehr fassen können: sie stand auf der Tagesordnung der letzten Sitzung vor dem Schluß der Session, wurde aber auf Antrag des Abgeordneten v. Bennigsen abgesetzt, da das Haus sich nicht mehr in der Stimmung befand, über die nicht unerhebliche Angelegenheit in Berathung zu treten. Bekanntlich bildete ein Wahlmanifest des Regierungspräsidenten v. Tiedemann, das am 19. Februar in der Bromberger „Ostdeutschen Presse" erschien und zur Wahl des Herrn Falckenberg aufforderte, einen Hauptprotestgrund. Die Wahlprüfungscommission hatte in diesem Manifest eine unerlaubte amtliche Wahlbeeinflussung nicht zu erblicken vermocht, da Herr v. Tiedemann in demselben ausdrücklich hervorgehoben hatte, daß er nicht als Vertreter der Regierungsgewalt, sondern als Vertreter des Kreises im Landtag sich an die Wähler wende, und ferner weil die Ansprache nicht in einem amtlichen Blatt erfolgt sei. Die Minorität in der Commission hatte dem gegenüber geltend gemacht, daß der Politiker und Landtagsabgeordnete von dem Regierungs-Präsidenten nicht zu trennen sei, und erblicke in dem Manifest eine amtliche Wahlbeeinflussung. Die Beanstandung der Wahl erfolgte in der Commission schließlich wegen anderer Unregelmäßigkeiten, und der Reichstag hätte mit großer Majorität diesen Antrag der Commission sich zu eigen gemacht, wenn nicht die Absetzung dieses Gegenstandes von der Tagesordnung beschlossen worden wäre, zumal da am allerwenigsten die Fractionsgenossen des Abgeordneten Falckenberg sich dem Antrage der Commission widersetzt hätten. Nach dem Tode des Herrn Falckenberg wird diese Angelegenheit kaum wieder zur öffentlichen Discussion gelangen. Aber für die Deutschen in Wirsitz-Schubin erwächst die Pflicht, bei der Erlangung für den Verstorbenen mit aller Kraft dahin zu wirken, daß der Kreis nicht wieder den Polen zufalle. Die letzteren waren überzeugt, daß bei einer etwaigen Ungiltigkeitserklärung der Falckenberg'schen Wahl der Kreis wieder von ihnen erobert werden würde. Die Wahrscheinlichkeit dafür ist nicht gering, zumal da Graf Skorzewski einer der reichsten Grundbesitzer des Kreises ist und eine so wirkungsvolle Wahlparole, wie am 21. Februar, den Deutschen nicht wieder zu Statten kommt.

* * *

* Am 3. August ist Erzherzog Albrecht, Generalinspector und Generalfeldmarschall des österreichisch-ungarischen Heeres, siebenzig Jahre alt geworden. Die Wiener Blätter widmen dem Tage längere oder kürzere Betrachtungen, in welchen sie die militairischen Verdienste des Genannten, bekanntlich eines Sohnes des bedeutenden Heerführers Erzherzog Karl, aufführen. Neben dem Siege bei Custozza vom 24. Juni 1866 werden namentlich seine Verdienste um die Reorganisation der Armee hervorgehoben. Der Erzherzog blickt auf eine fünfzigjährige Laufbahn als Soldat zurück; seit 24 Jahren ist er Feldmarschall. Nachdem er die Armee reorganisirt, hat er jetzt über die Erhaltung der neuen Einrichtungen, über die militairische Schulung und die Disciplin zu wachen, eine Aufgabe, welcher er sich trotz seines Alters noch immer mit Eifer und strengem Pflichtgefühl hingiebt.

* Die czechischen Organe greifen auf das Heftigste den Minister von Gautsch wegen seiner jüngsten Verfügungen an und kündigen der Regierung die Freundschaft. „Narodni Listy" verlangen, daß Gautsch wegen seiner verfassungswidrigen Thaten auf die Anklagebank gesetzt werde.

* Nach einem Bericht aus Skutari haben Mitte Juli blutige Kämpfe zwischen Montenegrinern und Albanesen stattgefunden, wobei erstere Sieger blieben. Montenegrinische Truppen sollen während der Kämpfe zur Unterstützung ihrer Landsleute bereit gestanden haben. Mehrere albanesische Stämme planen einen Rachezug, und Montenegro concentrirt seine Truppen an der Grenze.

* Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß der Gedanke, zur Regelung der bulgarischen Frage eine Conferenz der Signatarmächte des Berliner Vertrages einzuberufen, allerdings einen Augenblick in Pfortenkreisen aufgetaucht ist, jedoch im Hinblick auf die Aussichtslosigkeit für einen derartigen Vorschlag die erforderliche Zustimmung aller Cabinete, speciell desjenigen von St. Petersburg, zu finden, bald wieder fallen gelassen wurde und kaum mehr weiter im diplomatischen Wege verfolgt werden dürfte.

* Wie bereits gemeldet, verlangt die türkische Regierung, daß die verfassungsmäßig blos dem Patriarchate unterstehende „Société unie arménienne" von nun an unter Staatsaufsicht gestellt werden soll. Das armenische Patriarchat vermochte dieser unbilligen Forderung gegenüber sich nicht zu einem energischen Proteste aufzuraffen, gab aber doch nicht ohne Weiteres nach. Es wurde der Pforte ein Rathsbeschluß übermittelt, des Inhalts, daß das Patriarchat die volle Verantwortung für das Wollen und Streben der gesetzlich ihm allein unterstehenden Gesellschaft übernimmt; zugleich wird die Regierung eingeladen, bei den kleinasiatischen Regierungsbehörden Nachfrage zu halten, welche sicher die verleumderischen Beschuldigungen einzelner Feinde Lügen strafen werde. Die türkische Regierung hat indessen bereits einen anderen Ausweg gefunden, um dem armenischen Schulwesen beizukommen; sie untersagt nämlich den Verkauf der von der Gesellschaft ausgegebenen Lotterieloose, deren Erträgnisse die Kosten der armenischen Schulen decken. Es ist leider keine Aussicht vorhanden, daß das Patriarchat sich gegen diesen neuen und sehr empfindlichen Schlag kräftig zur Wehre setzen werde; vielmehr nimmt man an, daß es bei bloßen platonischen Vorstellungen sein Bewenden habe werde.

* Mit Bezug auf eine dieser Tage aufgetauchte Athener Meldung des Inhaltes, daß in Folge der widerrechtlichen Anhaltung eines türkischen Segelschiffes durch einen hellenischen Kreuzer die Pforte über Verlangen ihres Gesandten in Athen ein Panzerschiff in die griechischen Gewässer gesendet habe, wird der „Politischen Correspondenz" aus Konstantinopel der wahre Thatbestand, wie folgt, dargestellt: „Vor einiger Zeit wurde ein unter türkischer Flagge segelndes Schiff durch einen griechischen Kreuzer wegen Verdachtes des Schmuggels angehalten und nach der Insel Aja Maura remorquirt, daselbst jedoch über Intervention des dortigen ottomanischen Consular-Agenten sofort wieder freigelassen. Damit war der Zwischenfall beigelegt und konnte daher von der Entsendung eines Panzerschiffes auch nicht die Rede sein. Richtig ist es jedoch, daß die Pforte in Folge von Berichten aus Janina, die häufige Anhaltungen von türkischen Schiffen durch hellenische Kreuzer signalisirten, dem Athener Gesandten, Ferridun Bey, entsprechende Instructionen zugehen ließ, auf die Vermeidung solcher Unzukömmlichkeiten mit Nachdruck hinzuwirken."

* Es ist im Grunde nicht recht, wenn man an Duellangelegenheiten, die sich in Frankreich abspielen, einen deutschen Maßstab anlegen will, denn zwischen Deutschland und Frankreich besteht in dieser Beziehung ein tiefgehender, klaffender Unterschied grundlegender Ansichten. In Deutschland ist mit „Duell" der Begriff der Rache oder Strafe unvereinbar, während man es in Frankreich als Mittel zum Zweck betrachtet, wobei der Zweck nichts Anderes ist als die Ausgleichung einer wirklichen oder vermeintlichen Ehrenkränkung oder Beleidigung. In Deutschland will man dem Beleidiger an den Kragen, in Frankreich handelt es sich vielmehr darum, die Beleidigung auszuwischen. Auf welche Weise das geschieht, scheint nach Pariser Auffassung ziemlich nebensächlich, vorausgesetzt, daß ein Schlußprotokoll in aller Form die Erklärung enthält, daß „der Ehre genug gethan" sei. So wird es erklärlich, daß in Paris sehr Viele Herrn Jules Ferry zu seiner Weigerung Recht geben, ja, ihn dazu beglückwünschen. Man folgert etwa folgendermaßen: Bei Annahme der Boulanger'schen Bedingungen hätte ein „Unglück" geschehen können; ein solches Unglück kann nicht Zweck des Duells sein und ist unter allen Umständen zu vermeiden; folglich hatte Ferry Recht, wenn er sich darauf nicht einläßt. Daß es besonders Ferry's politische Freunde sind, die diesen Standpunct vertreten, darf nicht Wunder nehmen, aber auch von neutraler Seite hört man, daß Boulanger denn doch mit seinen Forderungen alles statthafte Maß überschritten hätte. Den Deutschen muß das unverständlich bleiben. Der „Ehre" soll genug gethan werden, aber ein Zetergeschrei erhebt sich jedesmal, wenn dabei einer der beiden Parteien etwas auch nur einigermaßen Ernsthaftes zustößt. Dem ungefährlichen Charakter des französischen Duells entspricht folgerichtig seine Häufigkeit. Daß Ferry's politische Feinde die Ablehnung des Zweikampfes einfach als persönliche Feigheit auslegen und von dem sonst geltenden Brauch nichts wissen wollen, versteht sich bei der herrschenden politischen Verbitterung ganz von selbst, und sie werden diesmal damit in der Oeffentlichkeit ihren Eindruck auch nicht verfehlen, da es immer martialischer aussieht, ein Duell anzunehmen, als es abzulehnen. Dieses Duell oder vielmehr Nicht-Duell Ferry-Boulanger beschäftigt übrigens die Zeitungen in solchem Maße, daß die meisten Morgenblätter den Tod Katkow's nur in ganz oberflächlicher Weise berühren. Eins derselben hat ihn ganz und gar vergessen!

* Die Demonstrationssucht der französischen Patriotenbündler hat zu dem Beschlusse der Entsendung Deroulede's nach Moskau behufs Theilnahme an der Begräbnißfeier Katkow's geführt. Da, russischen Meldungen zufolge, das Leichenbegängniß des deutsch-feindlichen Agitators den Charakter einer großartigen nationalen Manifestation tragen wird, so dürfte voraussichtlich Herr Deroulede bei dieser Veranstaltung ganz an seinem Platze sein und Gelegenheit in Hülle und Fülle erhalten, sein und seiner Auftraggeber belastetes Herz in den Busen gleichgestimmter Ceremonientheilnehmer auszuschütten. Der Deutschenhaß, den Katkow bis zum Tode schürte, ist ja auch das Lebenselement der französischen Patriotenbündler, und wenn den Letzteren das Ableben des Panslawistenführers aufrichtiges Mißbehagen verursacht, so mag dabei möglicherweise eine Anwandlung von Sorge um die Zukunft der von ihrem Herrn und Meister im Stich gelassenen deutschfeindlichen Propaganda im Spiele sein. Hierüber dürfte sich der biedere Deroulede indessen wohl beruhigen können. Katkow's Lehren sind in Rußland auf fruchtbaren Boden gefallen, und der Liga-Repräsentant wird, wenn er die jetzige Situation Rußlands mit derjenigen vergleicht, die er bei seiner früheren Anwesenheit daselbst vorfand, gewisse Veränderungen constatiren können, mit denen er und seine Pariser Freunde nichts weniger denn unzufrieden sein dürften. Er braucht sich deshalb um den Erfolg seiner eigenen Sendung keine Sorge zu machen. Patriotenbündler und Panslawisten werden sich über dem Grabe Katkow's zum so und so vielten Male in den Armen liegen, sich ihrer gegenseitigen Hochachtung versichern und das Deutschthum als den bösen Erzfeind des Menschengeschlechts denunciren. Dieser letztere Hinweis wird von den Hetzaposteln im Osten und im Westen so oftmals und so geflissentlich wiederholt, wie es sich für Behauptungen gebührt, die der Logik und der Beweise ermangeln und nur durch die Anmaßlichkeit, mit der sie sich einführen, ihren Weg machen. Den aber machen sie allerdings. Es vergeht kaum ein Tag, wo der Deutschenhaß bei unseren westlichen oder östlichen Nachbarn nicht eine neue Etappe zurücklegte, einem Ziele entgegen, das ihnen bereits in deutlich erkennbarer Nähe zu winken scheint und dessen Erreichung

SLUB
Wir führen Wissen.